Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1555**
15. Wahlperiode 19. 09. 2003

Fragen

für die Fragestunde der 62. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 24. September 2003

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	4, 39
Binninger, Clemens (CDU/CSU)	26
Blank, Renate (CDU/CSU)	42, 43
Deittert, Hubert (CDU/CSU)	37, 38
Dörflinger, Thomas (CDU/CSU)	49, 50
Fischer, Dirk (Hamburg) (CDU/CSU)	45, 46
Girisch, Georg (CDU/CSU)	40, 41
Gönner, Tanja (CDU/CSU)	8
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	6, 7
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	33, 34
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	27, 28
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	44
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	32
Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	1, 2
Klöckner, Julia (CDU/CSU)	11, 12
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	19, 20
Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	9, 54
Dr. Lötzsch, Gesine (fraktionslos)	3, 25
Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	52, 53
Mayer, Stephan (Altöttung) (CDU/CSU)	47, 48
Mayer, Conny (Baiersbronn) (CDU/CSU)	13, 14
Michelbach, Hans (CDU/CSU)	5, 51
Niebel, Dirk (FDP)	10
Nooke, Günter (CDU/CSU)	29
Pau, Petra (fraktionslos)	23, 24
Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	35, 36
Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU)	17, 18
Schirmbeck, Georg (CDU/CSU)	30, 31
Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	15, 16
Zeitlmann, Wolfgang (CDU/CSU)	21, 22

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Bernhard Kaster** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich die Kosten für die kommunikative Begleitkampagne des Regierungsprogramms „Agenda 2010“, aufgeschlüsselt nach Kreativkosten, technischen Kosten und Schaltvolumen?

2. Abgeordneter **Bernhard Kaster** (CDU/CSU)

Welche Ziele sollen mit der Kampagne erreicht werden, und welche Gründe waren für die Festlegung des Zeitraums dieser Werbe- und Informationskampagne ausschlaggebend?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Wie viele Ermittlungsverfahren wurden wegen rechtsterroristischer Taten vom Generalbundesanwalt im Zeitraum von 2001 bis 2003 eingeleitet, und zu wie vielen Verurteilungen ist es im genannten Zeitraum gekommen?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

4. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Treffen Informationen des Fernsehberichtes (Sendung Report vom 15. September 2003) zu, wonach der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, bei der Erarbeitung seines Konzeptes zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer (Bundestagsdrucksache 15/1517) im Wesentlichen den Vorschlag von Wirtschaftsverbänden zugrunde gelegt hat?

5. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Welche konkreten Ausgleichsmaßnahmen ausschließlich für Pendler sieht die Bundesregierung für die im Zusammenhang mit dem Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf den 1. Januar 2004 geplante Kürzung der Pendlerpauschale auf 15 ct/km nach Erreichen des eigentlich festfinanzierten Zeitpunkts

*) siehe hierzu auch Frage 25

des Inkrafttretens der Stufe 2005 am 1. Januar 2005 vor, damit gerade die in ländlichen Regionen lebenden Pendler, welche auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, nicht für das Vorziehen der Steuerreformstufe um lediglich ein Jahr in der Realität eigentlich dauerhaft belastet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

6. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung im Falle eines Abzugs der niederländischen Armee aus der Kaserne Seedorf im Gegenzug den Bundeswehrstandort in Budel (Niederlande) aufgeben?

7. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Welche militärische Nachnutzung plant die Bundesregierung in der Kaserne Seedorf für den Fall des Abzugs der niederländischen Armee?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

8. Abgeordnete **Tanja Gönner** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen für das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz plant die Bundesregierung aus dem Sondergutachten „Wettbewerbsprobleme der Kreislauf- und Abfallwirtschaft“ der Monopolkommission zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

9. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Aus welchen Einzeltiteln setzen sich die vom Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Christoph Matschie, in der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 11. September 2003 genannten Mittel im Etat 2004 für Bildung und Forschung für die neuen Bundesländer in Höhe von 1,71 Mrd. Euro zusammen, und wie haben sich diese Einzeltitel seit 1998 entwickelt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

10. Abgeordneter **Dirk Niebel** (FDP)

Hat die Bundesregierung Verhandlungen mit Libyen zur Entschädigung der Opfer des La-Belle-Anschlags aufgenommen vor dem Hintergrund, dass zur Aufhebung der Sanktionen gegen Libyen durch den UN-Sicherheitsrat Frankreich und Libyen sich über höhere Entschädigungszahlungen für die Anschlagsopfer einer französischen Passagiermaschine geeinigt haben und schon früher die USA und Libyen über Zahlungen für die Opfer von Lockerbie?

11. Abgeordnete **Julia Klöckner** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich die Kosten für die gesamte Rückführung – einschließlich der Verwaltungskosten (Personal, Sonderkommission „Wüste“ im Bundeskriminalamt etc.) – der neun Geiseln, die im Februar 2003 in der algerischen Wüste entführt und am 18. August 2003 in der Republik Mali freigelassen worden sind, über die mir in der Antwort des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Jürgen Chrobog, vom 15. September 2003 auf meine schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 8/138 erteilte Nennung der reinen vom 13. August 2003 bis zum 22. August 2003 anfallenden Flugkosten hinaus, und gedenkt die Bundesregierung, die betroffenen Touristen an den Kosten zu beteiligen?

12. Abgeordnete **Julia Klöckner** (CDU/CSU)

Wenn ja, bis zu welcher Höhe, und wenn nein, warum nicht?

13. Abgeordnete **Conny Mayer (Baiersbronn)** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung Vorschläge, auch im Bereich Freiburg/Colmar-Mulhouse einen Eurodistrikt nach dem Vorbild Straßburg/Kehl-Ortenau zu schaffen?

14. Abgeordnete **Conny Mayer (Baiersbronn)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Einrichtung des Eurodistrikts auch finanziell, eventuell im Wege einer Anschubfinanzierung, unterstützen, und wenn ja, ist diese Unterstützung auch bei der möglichen Schaffung weiterer Eurodistrikte geplant?

15. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Welche Ergebnisse brachten die 81. deutsch-französischen Konsultationen am 18. September 2003 in Berlin in Bezug auf die weitere Entwicklung des Eurodistrikts Straßburg/Kehl-Ortenau?

16. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Wird die geplante Satzung zur Errichtung des Eurodistrikts diesen als Zweckverband gemäß dem Karlsruher Übereinkommen vom 23. Januar 1996 errichten, oder wird die Errichtung als eine Einrichtung eigener Art („sui generis“) durch einen eigenen Staatsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich erfolgen?

17. Abgeordneter **Albert Rupprecht (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie schätzt die Bundesregierung den Erfolg der Integration ethnischer Minderheiten in den EU-Beitrittsländern ein?

18. Abgeordneter **Albert Rupprecht (Weiden)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung hinsichtlich einer ab dem 1. Mai 2004 evtl. gesteigerten Migrationsbereitschaft ethnischer Minderheiten (z. B. Roma aus der Slowakischen Republik) nach Deutschland zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

19. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wie ist der Stand der Vorbereitungen für den Einsatz biometrischer Merkmale (wie z. B. der Kontrolle der nach Deutschland einreisenden Personen, bei Visa und Aufenthaltstiteln und bei Pässen und Personalausweisen), und wie ist das Ergebnis der Kosten-Nutzen-Analyse bei den einsetzbaren biometrischen Verfahren?

20. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Inwieweit sind die Systeme der Bundesländer und des Bundes nach Einführung von Inpol-neu kompatibel, und inwieweit sind Informationssysteme, Täterbildverfahren, Livescan von Fingerabdrücken, Datenstationen in Streifenwagen, beim Bundesgrenzschutz und beim Zoll und weitere für die wirk-

same Verbrechensbekämpfung relevante gespeicherte Informationen und Datensätze miteinander verknüpft?

21. Abgeordneter **Wolfgang Zeitlmann** (CDU/CSU)

Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, dass sich eine Bedürfnisprüfung nach § 28 Abs. 1 des Waffengesetzes nur auf ein Sicherungsobjekt bezieht, so dass es keine Möglichkeit gibt, die bewaffnete Sicherungskraft in verschiedenen Objekten einzusetzen, und muss vor Personenschutzaufträgen, die ein Bewachungsunternehmer wahrnehmen will, vorab eine Gefährdungsanalyse durch die zuständige Behörde eingeholt werden, die in der Regel viel Zeit in Anspruch nimmt, so dass kurzfristige Aufträge nur erschwert oder gar nicht annehmbar bzw. durchführbar sind?

22. Abgeordneter **Wolfgang Zeitlmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die melderechtlichen Rechtsgrundlagen für die Bestimmung des Waffengesetzes, wonach die Einwohnermeldeämter die von der zuständigen Behörde gelieferten Listen von Waffeninhabern zu prüfen und gegebenenfalls zu berichtigen haben, nicht vorhanden sind, und wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung hier Abhilfe zu schaffen?

23. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Wie viele Datensätze waren per 1. Januar 2003 im Schengener Informationssystem gespeichert, und wie verteilen sie sich auf die einzelnen Datenkategorien der Artikel 95 bis 100 des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) (Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung nach Artikel 95, Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten nach Artikel 96, Aufenthaltsermittlung nach den Artikeln 97 und 98, polizeiliche Beobachtung nach Artikel 99, Sachfahndung nach Artikel 100)?

24. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Wie viele „Arbeitsdateien zu Analysezwecken“ werden derzeit bei Europol betrieben, und wie viele Personen sind jeweils darin gespeichert?

25. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Verbindungen zwischen rechtsextremen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland und Schweden?*)

*) siehe hierzu auch Frage 3

26. Abgeordneter
Clemens Binninger
(CDU/CSU)

Wie lässt sich nach Auffassung des Bundesministers des Innern, Otto Schily, seine Erklärung vor dem Deutschen Bundestag am 9. September 2003 zur Frage des Aufbaus eines digitalen Sprech- und Datenfunknetzes: „Ich bin froh darüber, dass sich der Bundeskanzler in meinem Beisein mit den Ministerpräsidenten der Länder geeinigt hat“ (Plenarprotokoll 15/58, Seite 4952 C) vereinbaren mit dem Beschluss (16:0) der Finanzministerkonferenz vom 11. September 2003 in Berlin, in dem es heißt, dass die Länder die vom Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Lutz Diwell, vorgestellte Interpretation des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 26. Juni 2003 nicht teilen, und teilt er vor diesem Hintergrund die Auffassung, dass die Länder offenbar keine Einigung in der Frage des Aufbaus eines digitalen Sprech- und Datenfunknetzes anerkennen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

27. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)

In wie vielen Fällen wurde seit Verkündung im Bundesgesetzblatt vom Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit Gebrauch gemacht, und welche Auswirkungen hatte dieses Gesetz bisher auf die deutsche Wirtschaft?

28. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um negative Auswirkungen insbesondere für mittelständische Unternehmen zu vermeiden?

29. Abgeordneter
Günter Nooke
(CDU/CSU)

Welchen Vorbereitungsstand haben die von Bundeskanzler Gerhard Schröder in Aussicht gestellten weit reichenden Liberalisierungen der Pressefusionskontrolle (DER SPIEGEL vom 1. September 2003) erreicht, und inwieweit ist dieses parallele Wirken nach Ansicht der Bundesregierung mit dem gegenwärtig beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, zur abschließenden Entscheidungsfindung anstehenden Ministererlaubnisverfahren betreffend die „Berliner Zeitung“ vereinbar?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

30. Abgeordneter **Georg Schirmbeck** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Gerald Thalheim, in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 12. September 2003, dass der Ökolandbau nicht stärker subventioniert werden solle und dass Thema Nr. 1 in Zukunft nicht die Agrarwende sei?

31. Abgeordneter **Georg Schirmbeck** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen hat die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Gerald Thalheim, in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 12. September 2003 für die künftige Agrarpolitik der Bundesregierung?

32. Abgeordneter **Dr. Peter Jahr** (CDU/CSU)

Was bedeutet konkret für die deutsche Landwirtschaft die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Gerald Thalheim, in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 12. September 2003, bei den notwendigen Einsparungen komme mit dem Agrarbereich der Sektor als erstes in den Blickpunkt, der die meisten Subventionen bekomme und nicht solch große Zukunftsperspektiven habe wie etwa die Computerbanche?

33. Abgeordneter **Helmut Heiderich** (CDU/CSU)

Bestätigt die Bundesregierung die Aussage der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, in ihrem Interview mit dem „Rheinischen Merkur“ (Nr. 34 vom 21. August 2003): „Gentechnik hat doch mit dem Thema Hungerbekämpfung überhaupt nichts zu tun.“, und sind der Bundesregierung gegenteilige Aussagen von Experten bzw. Gremien bekannt?

34. Abgeordneter **Helmut Heiderich** (CDU/CSU)

Bestätigt die Bundesregierung die in dem gleichen Interview getroffene Aussage: „Untersuchungen an natürlichen Reissorten haben ergeben, dass diese genauso gesund sind [wie der gentechnisch veränderte goldene Reis, der viel Vitamin A enthält]. Da hilft also der Einsatz von Gentechnik [zur Hungerbekämpfung] auch nicht viel weiter.“, und kennt die Bundesregierung diese Untersuchungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

35. Abgeordnete
Hannelore Roedel
(CDU/CSU)

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die durch die Einführung der Minijobs entstandenen Einnahmeausfälle der Sozialkassen?

36. Abgeordnete
Hannelore Roedel
(CDU/CSU)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass viele der neu entstandenen Minijobs durch Umwandlung von versicherungspflichtigen Tätigkeiten entstanden sind, und verfügt die Bundesregierung über Kenntnisse, wie hoch die dadurch bei den Sozialabgaben entstehenden Mehrbelastungen bei den Beschäftigten unterer Lohngruppen sind?

37. Abgeordneter
Hubert Deittert
(CDU/CSU)

Wie ist der Stand der Umsetzung des „Dritten Programms zur Durchführung des Abkommens vom 10. November 1989 zwischen dem Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Gesundheitswesen und Sozialfürsorge der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft“ vom 13. September 1999?

38. Abgeordneter
Hubert Deittert
(CDU/CSU)

Wurde die polnische Regierung über eine mögliche Nicht-Umsetzung des Programms informiert?

39. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)

Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, die Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung von 2 Mrd. Euro und die Stabilisierung des Rentenbeitrages auf 19,5 v. H. sicherzustellen?

40. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bewusst, dass die durch § 4 Abs. 1 Grundsicherungsgesetz (GSiG) begründete ausschließliche Zuständigkeit der kreisfreien Städte und Landkreise für Grundsicherungsleistungen an Ausländer über 65 Jahre eine Übertragung dieser Leistungen auf die überörtliche Ebene (in Bayern waren beispielsweise die Bezirke als überörtliche Sozialhilfeträger dafür zuständig) verhindert, und teilt

sie die Einschätzung, dass dies in kreisfreien Städten und Landkreisen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an grundsicherungsberechtigten Ausländern über 65 Jahre zu erheblichen Mehrbelastungen führen kann?

41. Abgeordneter **Georg Girisch** (CDU/CSU)

Unterstützt die Bundesregierung Pläne, eine weitere Öffnungsklausel für die Länder bei der Grundsicherung zu schaffen, die den Ländern eine Übertragung von Grundsicherungsleistungen an Ausländer über 65 Jahre auf die überörtliche Ebene erlaubt, so dass diese auf diese Weise erheblichen Lastenverschiebungen zu Ungunsten von kreisfreien Städten und Landkreisen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an grundsicherungsberechtigten Ausländern vorbeugen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

42. Abgeordnete **Renate Blank** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung nach den Gesprächen mit der EU-Kommissarin, Loyola de Palacio, in Brüssel eine Möglichkeit, das dem Güterkraftverkehrsgewerbe zugesagte Harmonisierungsvolumen von 600 Mio. Euro auch tatsächlich zu realisieren, und wenn ja, wie?

43. Abgeordnete **Renate Blank** (CDU/CSU)

Hat die von der EU-Kommissarin, Loyola de Palacio, und dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, eingesetzte Arbeitsgruppe zur Maut bzw. Harmonisierung bereits getagt, und was ist die konkrete Zielsetzung dieser Arbeitsgruppe?

44. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Wird sich der Lückenschluss der Bundesautobahn A 6 im Abschnitt Amberg-Ost–Pfreimd durch die zeitliche Verschiebung der Einführung der LKW-Maut verzögern, so dass das Versprechen von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 18. Dezember 2000 in Weiden zu einer kompletten Fertigstellung der A 6 bis zum Jahr 2008/2009 nicht eingehalten werden kann, und wenn nein, welche Baufortschritte können mit den für die A 6 im Haushalt 2004 vorgesehenen Mitteln erreicht werden?

45. Abgeordneter **Dirk Fischer (Hamburg)** (CDU/CSU)

Für welchen konkreten Zeitraum wurde das Industriekonsortium von Toll Collect im so genannten Mautvertrag vom 20. September 2002 haftungs- und vertragsstrafenfrei gestellt, und warum?

46. Abgeordneter **Dirk Fischer (Hamburg)** (CDU/CSU)

Welche konkreten Regelungen zur Haftung und Vertragsstrafe sind nach dem Haftungsfreistellungszeitraum gemäß Mautvertrag vom 20. September 2002 vorgesehen?

47. Abgeordneter **Stephan Mayer (Altöttung)** (CDU/CSU)

Auf welche Höhe beläuft sich der monatliche Verlust, der dadurch eintritt, dass die LKW-Eurovignette zum 30. August 2003, 24 Uhr, gekündigt wurde und die LKW-Maut aber nicht wie vorgesehen ab 1. September 2003 erhoben wird?

48. Abgeordneter **Stephan Mayer (Altöttung)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der monatliche Ausfall durch die nicht erfolgte Einführung der LKW-Maut zum 1. September 2003, und auf welche Höhe beläuft sich die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Konsortium Toll Collect vereinbarte Konventionalstrafe bei verzögerter Erhebung der LKW-Maut?

49. Abgeordneter **Thomas Dörflinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das im Auftrag der schweizer Regierung durch das niederländische Luft- und Raumfahrt-Institut (National Aerospace Laboratory, NLR) erstellte Gutachten zur schweizer Flugsicherung skyguide bekannt, das wesentliche Sicherheitsmängel bei der Luftüberwachung des süddeutschen Raumes offenbart, und wenn ja, welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus?

50. Abgeordneter **Thomas Dörflinger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dieses Gutachten zum Anlass zu nehmen, die Frage der Rückübertragung der Luftüberwachung in Süddeutschland in deutsche Verantwortung erneut zu erwägen, und wie ist der Stand der deutsch-schweizerischen Verhandlungen in dieser Angelegenheit?

51. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Wird das Projekt Nr. 8 des Bundesverkehrswegeplans Deutsche Einheit, die ICE-Trasse Nürnberg–Coburg–Erfurt, ebenfalls von dem seitens der Deutsche Bahn AG aus finanziellen Gründen erklärten

Baustopp für neue ICE-Strecken betroffen sein, bzw. wann kann nunmehr mit einer Fertigstellung dieses für die Umsetzung der deutschen Einheit wichtigen Infrastrukturprojektes gerechnet werden?

52. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)

Wie ist der Begriff strukturschwache Region (bzw. strukturschwache Gebiete), wie er im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003 – beispielsweise auf S. 17, 19 und 20 – benutzt wird, zu verstehen?

53. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)

Wodurch unterscheiden sich strukturschwache Regionen (bzw. strukturschwache Gebiete) in den alten Bundesländern von strukturschwachen Regionen (bzw. strukturschwachen Gebieten) in den neuen Bundesländern?

54. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)

Welche Defizite existieren derzeit nach Ansicht der Bundesregierung im Bereich der Osteuropaforschung und der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zwischen Deutschland und den Staaten Osteuropas, und durch welche Ausgestaltung ist ein zu gründendes „Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur“ in der Lage, eine eventuell vorhandene Lücke zu schließen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333